

Niederschrift

über die 23. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien
am Mittwoch, 17.10.2007, 17:05 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2 (11. Etage), Ludgeriplatz 4, 48151 Münster.

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Markus Funk, Frau Carmen Greefrath, Herr Christoph Jahn, Herr Josef Rickfelder

von der SPD-Fraktion

Frau Maria Anna Hakenes, Herr Adrian Hergt, Frau Marianne Hopmann

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Jutta Möllers, Herr Karl-Heinz Neubert

von den Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Stephan Degen, Herr Prof. Dr. Martin Heidrich, Frau Mechthild Knüwer in Vertretung von Herrn Schmidt, Herr Dr. Norbert Köster in Vertretung von Herrn Messing nur zu TOP 8, Frau Jutta Lebkücher, Herr Ulrich Messing außer zu TOP 8, Herr Wilfried Stein

beratende Mitglieder

Herr Frank Beckmann, Frau Gerda Benien, Herr Michael Grünh in Vertretung von Herrn Schindler, Frau Dr. Andrea Hanke, Herr Manfred Hardt in Vertretung von Herrn Selig, Frau Beate Heeg, Herr Matthias Manglus, Frau Dr. Karin Obst, Frau Anna Pohl, Herr Henning Schneiderei, Herr Dieter Schönfelder, Frau Rita Tücking, Herr Dietmar Wiese

von der Verwaltung

Herr Gerd Bertling, Frau Britta Bülter, Frau Christine Czepok, Herr Tilman Fuchs, Herr Chris Hagel, Frau Birgit Herdes, Frau Jasmin Hierholzer, Herr Clemens Homann, Frau Sibylle Kratz-Trutti, Frau Ingrid Kremer, Frau Heike Nees, Herr Bernhard Paschert, Herr Frank-Detlev Philipp, Herr Heiner Vogt

für die Schriftführung

Herr Heinz Lembeck

es fehlten entschuldigt

Frau Lisa Hester, Frau Petra Karallus, Frau Ute Kuchenbecker, Frau Gabriele Markerth, Frau Ingeborg Menke, Frau Sieglinde Nowak, Herr Wolfgang Schallenberg, Herr Ulrich Schindler, Herr Alexander Schmidt, Herr Lutz Selig

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien am 17.10.2007

Tagesordnung:

1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist
2. Eingegangene Anträge und Eingaben
3. Berichte und Mitteilungen
4. Anfragen von Ausschussmitgliedern
5. Resolution zum geplanten KiBiz (Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern - Kinderbildungsgesetz)
 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 17.09.2007 und
 - Antrag der FDP-Fraktion vom 10.10.2007
- V/0577/2007
IV 6. Errichtungsbeschluss: Neubau einer Kombinationseinrichtung für Kinder, Jugendliche und Familien in Sprakel (nördlich Landwehr) - Kindertageseinrichtung und Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit unter einem Dach
- V/0782/2007
IV 7. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung: „Erweiterung der Kindertageseinrichtung Wickenkamp“ (Gievenbeck-Südwest - 3. Kita-Nord)
- V/0760/2007
IV 8. Verlagerung der „Kleinen Altersgemischten Gruppe“ von der Caritas-Kindertageseinrichtung „Maria-Droste“ in die Einrichtung „Maria-Aparecida“ in Verbindung mit dem Ausbau des dortigen u3-Angebotes
- V/0704/2007
IV 9. Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Sprachförderung für Kinder in Münster
10. Verschiedenes

Um 17:05 Uhr eröffnete Herr Rickfelder als Vorsitzender die 23. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien und begrüßte die Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- begrüßte der Vorsitzende Frau Mechthild Knüwer als Vertreterin von Herrn Schmidt und verpflichtete sie als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses.
- fragte der Vorsitzende nach Wünschen zur Änderung der Tagesordnung, die nicht vorlagen.
- erinnerte Herr Rickfelder an die Verabschiedung von Frau Köster-Goorkotte, zu der alle Ausschussmitglieder eingeladen seien.
- gratulierte der Vorsitzende im Namen des Ausschusses Herrn Funk zur Geburt seiner Zwillinge.
- informierte Herr Rickfelder über die noch anstehenden Termine:
 - > die Sondersitzung zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement am 06.11.2007 von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr, hierzu könnten auch die stellvertretenden Mitglieder hinzukommen,
 - > die Klausurtagung gemeinsam mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung am 30.11.2007 um 13:00 Uhr und
 - > die nächste planmäßige Sitzung des Ausschusses am 04.12.2007, die um 18:00 Uhr und nicht wie bisher geplant um 17:00 Uhr beginnen solle.

Punkt 1 der Tagesordnung

Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist

Auf Nachfrage wurde festgestellt, dass zu allen Tagesordnungspunkten die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen bzw. Verwaltungsmitarbeitern gewünscht wurde.

Punkt 2 der Tagesordnung

Eingegangene Anträge und Eingaben

Der Vorsitzende gab einen Antrag des Vereins Zartbitter Münster e. V. vom 13.08.2007 bekannt, den städtischen Zuschuss für das Jahr 2008 um 25.000 € zu erhöhen. Zu diesem Antrag werde die Verwaltung zu den Etatberatungen für das Haushaltsjahr 2008 wie üblich eine fachliche Kommentierung vorlegen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Berichte und Mitteilungen

Es lagen keine Berichte oder Mitteilungen vor.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Zur Sitzung lag eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 09.10.2007 zur Skateranlage in Berg Fidel vor (Anlage 1).

Frau Dr. Hanke beantwortete die gestellten Fragen im Zusammenhang. Sie erläuterte, dass es zunächst am 16.09.2007 zu einer Anzeige gegen Unbekannt kam, weil keine Verursacher für den Farbauftrag an der Skateranlage erkannt worden seien. Als die Gruppe bekannt war, die in Eigeninitiative den Farbauftrag vorgenommen hatte, habe es Gespräche mit den Initiatoren gegeben. Es sei u. a. darum gegangen zu klären, ob durch die Farbe ein Sicherheitsrisiko entstanden sei.

Dabei habe sich herausgestellt, dass die Gruppe durch ihre Aktion keine Beschädigung gewollt habe. Vielmehr sei es ihr darum gegangen, den Belag der Anlage zu verlangsamen und sie so ihren Bedürfnissen anzupassen. Schnell sei der Gruppe deutlich geworden, dass es nicht korrekt war, die Aktion ohne Information der Verwaltung durchzuführen. Dies gelte auch für Farbverschmutzungen, die im Umfeld entstanden seien.

Inzwischen habe die Verwaltung mit den Beteiligten die Kommunikation vor Ort für die Zukunft besprochen. So sei vereinbart worden, dass die Jugendlichen die Verschmutzungen im Umfeld beseitigen und sich künftig bei Veränderungswünschen an das Jugendzentrum Lorenz-Süd oder den örtlichen Hausmeister wenden. Ferner sei ein monatliches Treffen mit Vertretern des zuständigen Sportamtes abgesprochen worden. Auf dieser konstruktiven Basis sei die Anzeige zurückgenommen worden.

Punkt 5 der Tagesordnung

Resolution zum geplanten KiBiz (Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern - Kinderbildungsgesetz)

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/GAL vom 17.09.2007 und**
- **Antrag der FDP-Fraktion vom 10.10.2007**

Zum Tagesordnungspunkt lagen zwei Vorschläge für eine Resolution zum geplanten Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) vor - ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 17.09.2007 (Anlage 2) und ein Antrag der FDP-Fraktion vom 10.10.2007 (Anlage 3).

Frau Dr. Obst zog den Antrag der FDP-Fraktion unter Hinweis auf die Einigung der Landtagsfraktionen zum KiBiz zurück, auch wenn aus ihrer Sicht nicht alle wünschenswerten Punkte in dem Gesetzentwurf berücksichtigt werden könnten.

Frau Möllers erklärte, dass der Resolutionsentwurf ihrer Fraktion als gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL gelte. Im Folgenden erläuterte sie die Bedenken gegen die geplanten Regelungen des KiBiz, insbesondere gegen die Konsequenzen für die Elterninitiativen als Träger von Kindertageseinrichtungen, die mit ihrem großen Engagement von Eltern und ihrer großen Anzahl eine münsterspezifische Besonderheit darstellten. Problematisch seien aus ihrer Sicht aber auch die Planungen zu Personalschlüsseln und Gruppenstärken in Kindertageseinrichtungen.

Diesen Ausführungen schloss sich Frau Hakenes für die SPD-Fraktion an. Zusätzlich drückte sie ihre Besorgnis aus, dass wesentliche Dinge innerhalb der Betreuungslandschaft in Münster nicht mehr unterstützt werden sollten. Daher bedauere sie, dass vom zuständigen Ministerium gute Hinweise nicht angenommen worden seien. Ebenso wie Frau Möllers bat sie die Mitglieder, die Resolution mitzutragen.

Herr Rickfelder und Herr Jahn hoben hervor, dass im Prozess zur Entwicklung des Gesetzentwurfs einige wesentliche, wenn auch nicht alle wünschenswerten Punkte übernommen worden seien. Auf dieser Basis solle der Gesetzentwurf unterstützt, die vorgeschlagene Resolution dagegen nicht mitgetragen werden.

Es folgte eine Diskussion, in der die während der Entwicklung der Gesetzesinitiative maßgeblichen Aspekte, wie die Höhe der Trägeranteile und Elternbeiträge, noch einmal erörtert wurden.

Der Vorsitzende stellte den vorgelegten Antrag für eine Resolution zum geplanten KiBiz der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der SPD-Fraktion zur Abstimmung. Er wurde bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegen-Stimmen abgelehnt.

Im Anschluss an die Abstimmung wies Frau Pohl noch darauf hin, dass die Verwaltung eine Vorlage für die Ausschusssitzung am 04.12.2007 plane, in der - auch im Sinne einer Folgeabschätzung entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion vom 06.06.2007 - Hinweise gegeben werden sollten, wie und mit welchen Auswirkungen die Regelungen des KiBiz in Münster umzusetzen seien.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0577/2007**

Errichtungsbeschluss: Neubau einer Kombinationseinrichtung für Kinder, Jugendliche und Familien in Sprakel (nördlich Landwehr) - Kindertageseinrichtung und Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit unter einem Dach

Frau Dr. Hanke führte in die Vorlage ein und stellte die Entwicklung der Bedarfe in Sprakel dar, die sich vor allem aus den neuen bzw. geplanten Neubaugebieten ergeben.

Der Vorsitzende informierte über den vorliegenden abweichenden Beschluss des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen vom 16.10.2007, die Besetzung des unter Ziffer 3.2 des Beschlussvorschlags der Vorlage vorgesehenen Bewertungsgremiums um einen Vertreter der Fraktionsgemeinschaft UWG-MS/ödp zu erweitern. Ferner verwies er auf einen zusätzlichen Prüfauftrag, den der Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen beschlossen habe.

Frau Hakenes beantragte, Ziffer 3.2 des Beschlussvorschlags der Vorlage wie folgt zu fassen:

„Aus den eingereichten Vorplanungskonzepten wird ein Konzept zur weiteren Bearbeitung durch ein Bewertungsgremium vorgeschlagen. Das Bewertungsgremium setzt sich wie folgt zusammen:

Vertreter der Politik:

	BV-Nord	AKJF	AUB
CDU	-----	-----	-----
SPD	-----	-----	-----
Bündnis 90/Die Grünen/GAL	-----	-----	-----
FDP	-----	-----	-----
UWG bzw. UWG-MS/ÖDP	-----	-----	-----

Die Benennung der BV-Vertreter erfolgt durch die in der BV vertretenen Parteien. Die übrigen Vertreter werden durch die entsprechende Ratsfraktion benannt.

Vertreter der Verwaltung: wie Vorlage.

Externer Vertreter: wie Vorlage.“

Herr Jahn signalisierte für die CDU-Fraktion Zustimmung zu dem Antrag, wenn vereinbart werden könne, dass an Stelle der getrennt für die jeweiligen Ausschüsse für Kinder, Jugendliche und Familien sowie Umweltschutz und Bauwesen zu bestellenden Vertreter nur ein Vertreter jeder aufgeführten Fraktion durch den Rat zu bestellen wäre.

In einer längeren Diskussion wurde mehrfach das Konzept einer gemeinsamen (Kombinations-) Einrichtung für Kindertageseinrichtung und Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit begrüßt. Mit Blick vor allem auf das vergleichbare Projekt im Stadtteil Roxel wurden aber von verschiedener Seite Bedenken gegen ein Public Private Partnership-Modell (PPP-Modell) zum Bau der neuen Einrichtung geltend gemacht.

Nach entsprechenden Anmerkungen zu Ziffer 4 des Beschlussvorschlags der Vorlage verdeutlichte Frau Pohl, dass ein Träger für die neue Einrichtung so früh wie möglich gesucht und durch die Gremien ausgewählt werden solle.

Herr Manglus bedankte sich dafür, dass eine Beteiligung des Jugendrates bzw. des örtlichen Jugendforums an der weiteren Entwicklung der Einrichtungsplanung vorgesehen sei.

Auf Vorschlag von Frau Hakenes kam der Ausschuss überein, die Vorlage grundsätzlich zu beschließen, über einen zusätzlichen Prüfantrag abzustimmen und lediglich die Abstimmung über die endgültige Besetzung des Bewertungsgremiums entsprechend der Ziffer 3.2 des Beschlussvorschlags der Vorlage in die Sitzung des Rates zu schieben. Dabei bestand Einvernehmen, die Anregung des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen aufzugreifen und die Besetzung des Bewertungsgremiums um einen Vertreter der Fraktionsgemeinschaft UWG-MS/ödp zu erweitern, die konkrete Besetzung aber noch offen zu halten.

Der Ausschuss beschloss zunächst mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegen-Stimmen folgenden Prüfauftrag an die Verwaltung:

„Ergänzend zur Vorlage wird Folgendes als Prüfauftrag zum Hauptausschuss beschlossen: Die Verwaltung wird beauftragt, parallel die Einrichtung durch die Stadt Münster und durch einen privaten Partner zu prüfen. Bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 24.10.2007 erstattet die Verwaltung einen Bericht darüber, wie sich PPP-Modelle im Gegensatz zur konventionellen Bauweise auf die Eröffnungsbilanz des NKF-Haushaltes und den nunmehr veränderten Haushaltsausgleich (früher: Einnahme/Ausgabe, zukünftig: Aufwand/Ertrag) auswirken. Hinsichtlich des PPP-Verfahrens wird die Verwaltung ihre Erfahrungen aus dem ‚Neubau der Modelleinrichtung für Kinder, Jugendliche und Familien in Roxel-Nord - Kindertageseinrichtung und Einrichtung einer Kinder- und Jugendarbeit unter einem Dach‘ (V/1068/2004, Ratsbeschluss vom 09.02.2005) nutzen und die Ergebnisse soweit sinnvoll und möglich übertragen. Den entsprechenden Vergleich legt die Verwaltung den zuständigen Gremien möglichst zeitnah zur Entscheidung vor.“

Der Ausschuss beschloss sodann einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden geänderten Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster errichtet im Baugebiet Sprakel (‚Nördlich Landwehr‘) eine ‚Kombinationseinrichtung für Kinder, Jugendliche und Familien - Kindertageseinrichtung und Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit unter einem Dach‘ (Lageplan s. Anlage 1). Die Einrichtung geht voraussichtlich im Frühjahr 2009 in Betrieb.

2. Das Raumprogramm umfasst eine rd. 340 qm große Kindertageseinrichtung mit
- zwei Kindertageseinrichtungsgruppen für jeweils 20 Kinder im Alter von zwei Jahren (bei Bedarf und bei Erfüllung des Rechtsanspruchs für Kindergartenkinder sind auch Plätze für jüngere Kinder möglich) bis zur Schulpflicht mit entsprechenden Schlaf- und Pflegeräumen, sowie Raum für die Elternarbeit und -beratung.

sowie eine rd. 180 qm große offene Kinder- und Jugendeinrichtung mit

- einem offenen Kinder- und Jugendtreff
- einer Gruppenküche
- einem Gruppen- und Beratungsraum
- einem Seminar- und Medienraum und
- einem Raum für die Kinderpädagogik resp. Kreativraum

Für die Gesamtfunktionen ist das in der Anlage 2 aufgeführte Raumprogramm zugrunde zu legen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die weitere Planung auf der Grundlage des Errichtungsbeschlusses zu entwickeln und den Baubeschluss herbeizuführen.
Zur Erlangung eines Vorplanungskonzeptes für den Neubau der Kombinationseinrichtung für Kinder, Jugendliche und Familien in Sprakel wird dazu eine Mehrfachbeauftragung mit 5 Architekturbüros durchgeführt.

- 3.1 Folgende Kriterien werden für die Bewertung der eingereichten Vorplanungskonzepte festgelegt:
- Wirtschaftlichkeit (bzgl. der Investitionskosten und Betriebskosten)
 - Funktionalität
 - Architektonische Qualität
 - Ökologische Qualität und Energieverbrauch

Die Kriterien stehen gleichberechtigt nebeneinander.

- 3.2 Aus den eingereichten Vorplanungskonzepten wird ein Konzept zur weiteren Bearbeitung durch das Bewertungsgremium vorgeschlagen. Das Bewertungsgremium setzt sich wie folgt zusammen:

Je ein Vertreter der in der Bezirksvertretung Münster Nord bzw. im Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen vertretenen Parteien

CDU
SPD
FDP
Bündnis 90/Die Grünen/GAL
UWG-MS/ödp

Vertreter der Verwaltung:

- Dr. Andrea Hanke, Beigeordnete für Bildung, Familie, Jugend, Kultur und Sport
- Gerhard Löhr, Leiter des Amtes für Gebäudemanagement
- Jörg A. Michel, Amt für Gebäudemanagement
- Siegfried Thielen, Dezernent für Planungs- und Baukoordination
- Sybille Kratz- Tutti, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien
- Bernhard Paschert, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien

Externer Vertreter

- Peter Wörmann, Architekt, Ostbevern

- 4 Es ist vorgesehen, die Einrichtung von einem ‚Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe‘ betreiben zu lassen und diese an den Träger zu vermieten. Ein geeigneter Betreiber wird rechtzeitig vor der Inbetriebnahme in einem üblichen Auswahlverfahren ausgesucht und den beteiligten parlamentarischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt. Die Gesamteinrichtung mit ihren Bereichen ‚Kindertageseinrichtung‘ und ‚Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit‘ soll möglichst von einem Träger betrieben werden. Die Vergabe der Trägerschaft auf zwei Träger ist u.U. denkbar und durch entsprechende Kooperationsvereinbarungen zu gestalten.
- 5 Mit dem Träger (respektive den Trägern) wird für den Betrieb der Einrichtung vor Inbetriebnahme eine Leistungsvereinbarung geschlossen, die die wesentlichen Anforderungen für die Einrichtung festlegt.
- 6 Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Jugendforum Nord und Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil Sprakel in den Planungsprozess eingebunden werden, ihre Vorschläge zur Angebotsgestaltung ermittelt und mit dem Raumprogramm abgestimmt werden.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Gesamteinrichtung Investitionskosten für Bau und Möblierung sowie für die öffentliche Erschließung der Einrichtung in Höhe von voraussichtlich rd. 1.440.000 € getätigt werden müssen (s. Anlage 3 - Kostenschätzung).

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Mehrfachbeauftragung Honorarkosten in Höhe von 12.500,00 € entstehen. Diese sind in den genannten Investitionskosten enthalten.

Darüber hinaus entstehen jährliche Brutto-Folgekosten (= Gesamtbetriebskosten) für die Gesamteinrichtung in Höhe von voraussichtlich rd. 337.000 €. Etwaige Mietkostenzuschüsse, die dann auch der Stadt Münster auf der Einnahmeseite zu Gute kommen, bleiben dabei noch unberücksichtigt.

Die jährlichen Betriebskosten setzen sich wie folgt zusammen:

- Kindertageseinrichtung
Betriebskosten entsprechend dem bisherigen Gesetzgebungsverfahren zum ‚Kinderbildungsgesetz‘ (KiBiz) auf der Grundlage der bekannten Kind-Pauschalen in Höhe von rd. 262.000 €. Diese Kosten werden verringert um Einnahmen von Elternbeiträgen in voraussichtlicher Höhe von 40 – 50 Tsd. Euro und durch entsprechende Trägeranteile, je nach Träger, in einer quotierten Höhe von 4% bei Elterninitiativen, 9 % bei finanzschwachen Trägern und 12 % bei kirchlichen Trägern.
- Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit
Die Brutto-Betriebskosten belaufen sich maximal auf rd. 75.000 €. Der Zuschuss zu den Betriebskosten für die Kinder- und Jugendarbeit wird noch um entsprechende Trägeranteile (je nach Träger und Kostenart um 10 bis 20%) verringert.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt im Rahmen der bestehenden HHSt. zu finanzieren:

Ausgaben - Vermögenshaushalt -				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4640.935.4100.6	Beschaffungskosten	2008	185.440	Davon: 70.000 € für Kinder- und Jugendarbeit und 115.440 € für die Kita
4640.940.4100.3	Planungskosten	2007	50.000	
4640.940.4100.3	Baukosten	2008	1.090.480	
4640.940.0700.8	Baukosten u3-Programm	2007	114.000	Deckung für die öffentliche Erschließung
Insgesamt:			rd. 1.440.000	

Ausgaben - Verwaltungshaushalt -				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4640.521.0000.1	Betriebskosten Kindertageseinrichtungen	2008	196.500	= ¾ BK in 2008
dto.	dto.	2009 ff.	262.000	
4601.718.1300.4	Zusch. freie Träger Kinder- und Jugendarbeit (Richtlinienförderung)	2008	56.250	= ¾ BK in 2008
dto.	dto.	2009 ff	75.000	

Einnahmen

Für den Betrieb der Kindertageseinrichtung werden entsprechende Landesmittel beantragt. Vom Betreiber der Einrichtung (freier Träger) werden Trägeranteile in Höhe der gesetzlichen (Kindertageseinrichtung) und kommunalen (Kinder- und Jugendarbeit) Trägeranteile erwartet.

Für die u3-Plätze in der Kindertageseinrichtung werden entsprechende Bundesmittel, im Zusammenhang mit der vor kurzem erzielten Bund/Ländereinigung zum Ausbau der u3-Plätze, bis zum Jahr 2013 auf 35 % sowohl zum Bau, als auch zum Betrieb der Plätze beantragt. Zum jetzigen Zeitpunkt sind die konkreten Vergabebedingungen noch nicht klar und können daher noch nicht beziffert werden.

Befristung:

keine.“

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0782/2007**

**Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung:
„Erweiterung der Kindertageseinrichtung
Wickenkamp“ (Gievenbeck-Südwest - 3. Kita-Nord)**

Frau Dr. Hanke erläuterte die Entwicklung des Verfahrens zur Dringlichkeitsentscheidung. Die Möglichkeit zur Anpassung des Raumprogramms habe sich ergeben, da zusätzliche Mittel zur Verfügung standen. Um erhöhte Baukosten zu vermeiden, die durch die zeitliche Verzögerung beim Einhalten der normalen Beratungskette einer Vorlage entstanden wären, habe sich die Verwaltung zur Lösung über eine Dringlichkeitsentscheidung entschieden.

Mit Blick auf die Beratungen im Ausschuss zum Baubeschluss für die dritte Kindertageseinrichtung im Neubaugebiet Gievenbeck-Südwest wurde in der folgenden kurzen Diskussion kritisiert, dass nicht mit dem Auftakt der Maßnahme bereits eine Ergänzung des Raumprogramms vorgenommen wurde. Die nun gefundene räumliche Lösung wurde jedoch allgemein begrüßt.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat genehmigt die am 25.09.2007 getroffene Dringlichkeitsentscheidung: ‚Erweiterung der Kindertageseinrichtung Wickenkamp‘ (Gievenbeck-Südwest – 3. Kita-Nord).

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass ein einmaliger Baukostenzuschuss in Höhe von 231.000 € und weitere Betriebs- und Folgekosten entstehen (z.B. Energiekosten, die vom Träger getragen werden, sowie Gebäudemanagementkosten für die zusätzlichen Räume).

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4640.940.0700.8	Bauk. Zusch. u3-Programm	2007	231.000	Gesamtans. 2.048.110“

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0760/2007**

**Verlagerung der „Kleinen Altersgemischten
Gruppe“ von der Caritas-Kindertageseinrichtung
„Maria-Droste“ in die Einrichtung „Maria-
Aparecida“ in Verbindung mit dem Ausbau des
dortigen u3-Angebotes**

Herr Messing wirkte gem. § 31 Gemeindeordnung NRW nicht an der Beratung mit. Herr Dr. Köster vertrat ihn zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt zu, dass die ‚Kleine Altersgemischte Gruppe‘ der bisherigen Caritas-Kindertageseinrichtung ‚Maria-Droste‘ am Meckmannweg in die Einrichtung ‚Maria-Aparecida‘ im Rahmen der dann bestehenden gesetzlichen u3-Betreuungsmöglichkeiten (voraussichtlich gem. dem Kinderbildungsgesetz – KiBiz) integriert wird.
2. Der Rat der Stadt Münster stimmt ferner zu, dass der katholische Kindergarten ‚Maria-Aparecida‘ in Mecklenbeck (Münster-West) in Trägerschaft der katholischen Kirchengemeinde St. Anna zum 01.08.2008 (Kindergartenjahr 2008/2009) eine Regelkindergarten-gruppe für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Eintritt in die Schule umstrukturiert in eine Gruppe zur Betreuung von unter dreijährigen Kinder.
3. Die Kindertageseinrichtung ‚Maria-Aparecida‘ wird dazu in geringem Umfang umgebaut und um Räume erweitert, die im Gesamtzusammenhang mit der Umstrukturierung, auch im Hinblick auf die künftige Arbeit mit einer Kinderhortgruppe (gem. Förderhortkonzept) und der erforderlichen Elternarbeit (s. Anlage 1 – bauliches Umstrukturierungskonzept)
4. Die Kindertageseinrichtung erhält einen Bau- und Einrichtungskostenzuschuss in Höhe von 215.000 €

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass einmalige investive Kosten in Höhe von 215.000,00 € entstehen.

Der Zuschuss ergibt sich aus den Gesamtkosten in Höhe von 230.000 € abzüglich eines Trägeranteils in Höhe von 15.000 €

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch die o. g. Erweiterung im Zusammenhang mit der Integration der Gruppe aus der Kindertageseinrichtung ‚Maria-Droste‘ keine betriebsbedingten Mehrkosten entstehen. Durch die Gesamtverringerung der Anzahl der Gruppen beider Einrichtungen von derzeit fünf auf dann vier ergeben sich auch auf der Grundlage des KiBiz geringere Aufwendungen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
Investitionshaushalt				
4640.940.0700.8	Baukosten u. Zuschuss u3-Programm	2008	215.000	Gesamtansatz: 2.048.110 €‘

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0704/2007**

**Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der
Sprachförderung für Kinder in Münster**

Frau Dr. Hanke führte in das Thema ein und erläuterte die Historie sowie die bisherige Entwicklungen, die zum Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Sprachförderung in Münster geführt hätten.

Frau Kratz-Trutti erläuterte das vorgelegte Konzept detailliert. Dabei gehe es darum einen Rahmen für bestehende und neu zu entwickelnde Angebote zu schaffen. Sie betonte die enge und gute Kooperation mit dem Amt für Schule und Weiterbildung sowie vielen weiteren Institutionen, Personen und Ämtern. Ferner erläuterte Frau Kratz-Trutti den Aufbau des Konzepts, wobei sie u. a. auf die notwendige Differenzierung zwischen Sprachförderung und Sprachtherapie sowie darauf einging, dass mit dem Thema auch der Zusammenhang zum Konzept interkulturelles Lernen hergestellt werde.

Es schloss sich eine intensive Diskussion an. Darin wurde mehrfach darauf verwiesen, dass der Schlüsselqualifikation Sprache besondere Bedeutung zukomme. Als weitere wichtige Themen wurden die Einbeziehung der Eltern bzw. Mütter, die Weiterentwicklung der Sprachstandsfeststellungen und die Berücksichtigung von Muttersprachen erörtert.

Insgesamt wurde begrüßt, dass mit dem Konzept nun eine erste schriftliche Grundlage für die Weiterentwicklung der Sprachförderung für Kinder in Münster vorliege. Gleichzeitig wurde aber an mehreren Stellen deutlich gemacht, dass ein zusätzlicher Finanzbedarf bei der Realisierung neuer Maßnahmen erwartet werde.

Frau Dr. Hanke, Frau Pohl und Frau Kratz-Trutti beantworteten verschiedene Detailfragen. Sie verwiesen darauf, dass derzeit noch nicht auf alle sich im Verfahren ergebenden Fragen schon Antworten gegeben werden könnten. Das Thema werde aber interdisziplinär angegangen und mit der Entwicklung von Handlungsvorschlägen seien dann auch Hinweise auf zusätzliche Mittelbedarfe zu erwarten.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Hauptausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Dem dieser Vorlage beigefügten ‚Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Sprachförderung für Kinder in Münster‘ vom September 2007 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in dem Konzept genannten Handlungsempfehlungen schrittweise umzusetzen bzw. die Sprachförderung für Kinder auf der Basis der Handlungsempfehlungen weiter zu entwickeln und dabei die an der Sprachförderung für Kinder Beteiligten bedarfsgerecht einzubeziehen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen politischen Gremien über den Fortgang der Weiterentwicklung zur Sprachförderung für Kinder zu berichten bzw. weitere erforderliche politische Entscheidungen rechtzeitig vorzubereiten.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine zusätzlichen Kosten entstehen.“

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Möllers informierte darüber, dass sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung in seiner letzten Sitzung mit der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Münster beschäftigt habe. Sie fragte, warum dazu keine Beteiligung des Ausschusses für Kinder,

Jugendliche und Familien erfolgt sei. Herr Rickfelder sah bei dem Thema ebenfalls eine Zuständigkeit des Ausschusses. Frau Dr. Hanke sagte zu, die Hintergründe der Beratungen im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung zu klären, um eine Beteiligung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien in der nächsten Sitzung zu erreichen.

Frau Möllers verwies darauf, dass ihre Fraktion eine Anfrage zur Umsetzung der rechtlichen Vorgaben zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung gestellt habe. Die Verwaltung habe Ende des Jahres 2006 in Aussicht gestellt, den Ausschuss über die nach diesem Verfahren notwendigen Vereinbarungen mit den freien Trägern zu informieren. Frau Möllers erinnerte an die Information über die abgeschlossenen Vereinbarungen.

Herr Wiese verwies auf anstehende Veranstaltungen, die Show des Sports am 09.11.2007 in der Sporthalle Berg Fidel und das 13. Stadtforum für den münsterischen Sport am 18.10.2007 in der Aula des Pascal-Gymnasiums. Er lud die Ausschussmitglieder zur Teilnahme ein.

Ende der Sitzung: 19:25 Uhr

gez.

Josef Rickfelder
Vorsitz

gez.

Heinz Lembeck
Schriftführung